



Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg  
Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften  
Institut für Soziologie

---

Barbara Dippelhofer- Stiem

**Die Bevölkerung Sachsen- Anhalts im Portrait.  
Sekundäranalytische Auswertungen amtsstatistischer Daten**

**A r b e i t s b e r i c h t Nr. 16**

**Internet-Fassung**

November, 2002

ISSN-1615-8229

## **Zur Reihe der Arbeitsberichte**

Die „Arbeitsberichte“ des Instituts für Soziologie versammeln theoretische und empirische Beiträge, die im Rahmen von Forschungsprojekten und Qualifikationsvorhaben entstanden sind. Präsentiert werden Überlegungen sowohl zu einschlägigen soziologischen Bereichen als auch aus angrenzenden Fachgebieten.

Die Reihe verfolgt drei Absichten: Erstens soll die Möglichkeit der unverzüglichen Vorabveröffentlichung von theoretischen Beiträgen, empirischen Forschungsarbeiten, Reviews und Überblicksarbeiten geschaffen werden, die für eine Publikation in Zeitschriften oder Herausgeberzwecken gedacht sind, dort aber erst mit zeitlicher Verzögerung erscheinen können. Zweitens soll ein Informations- und Diskussionsforum für jene Arbeiten geschaffen werden, die sich für eine Publikation in einer Zeitschrift oder Edition weniger eignen, z. B. Forschungsberichte und –dokumentationen, Thesen- und Diskussionspapiere sowie hochwertige Arbeiten von Studierenden, die in forschungsorientierten Vertiefungen oder im Rahmen von Beobachtungs- und Empiriepraktika entstanden. Drittens soll diese Reihe die Vielfältigkeit der Arbeit am Institut für Soziologie dokumentieren.

### **Impressum:**

Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität

#### *Herausgeber:*

Die Lehrstühle für Soziologie der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

#### *Anschrift:*

Institut für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg  
„Arbeitsberichte des Instituts“  
Postfach 41 20  
39016 Magdeburg

Sämtliche Rechte verbleiben bei den Autoren und Autorinnen.

*Auflage: 150*

*Redaktion: Prof. Dr. Barbara Dippelhofer-Stiem  
Prof. Dr. Heiko Schrader*

Gedruckte Fassungen sind erhältlich im Institut für Soziologie.  
Schutzgebühr: 2,50 €

Barbara Dippelhofer- Stiem

**Die Bevölkerung Sachsen- Anhalts im Portrait.  
Sekundäranalytische Auswertungen amtsstatistischer Daten**

**Inhalt**

1	Einführung	5
2	Demografische und sozialstrukturelle Zusammensetzung	5
3	Bildungs- und Erwerbsbeteiligung	10
4	Haushalte und familiale Lebensverhältnisse	16
5	Einkommen und Hilfen zum Lebensunterhalt	17
6	Bisherige Entwicklungen	19
7	Prognosen	21
8	Bilanz	23
	Anmerkungen	26
	Literatur	28
	Anhangstabellen	30

Arbeitsbericht 16 des Instituts für Soziologie der Universität Magdeburg. 2002.



## 1 Einführung

Zu den historischen Wurzeln der empirischen Sozialforschung gehört zweifelsohne die *Sozialberichterstattung*. Dieser disziplinäre Strang zielt darauf, quantitative Daten über die Lebenslage und die soziale Situation ausgewählter Bevölkerungsgruppen zu generieren oder aber bereits vorhandenes Material sekundäranalytisch zusammenzuführen und zu bündeln. Es gilt, ohne ausgefeilten theoretischen Anspruch Informationen induktiv zu verwenden, sie gleichsam aus sich selbst heraus zu strukturieren und zu interpretieren. Angesiedelt an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik sollen die Untersuchungen dazu dienen, gesellschaftliche Zusammenhänge sichtbar zu machen, Problemzonen zu identifizieren und Empfehlungen für politisches Handeln auszusprechen (vgl. im Überblick Noll 1997). Diese Tradition reicht weit in das 19. Jahrhundert zurück. Insbesondere in Grossbritannien veranlasste die im Zuge der Industrialisierung einsetzende Proletarisierung und Verarmung breiter Bevölkerungskreise das Parlament dazu, Bestandsaufnahme und detailliertes Wissen einzufordern und entsprechende Studien in Auftrag zu geben. Die ersten Reports - auch Social Surveys oder Sozialberichte genannt - entstanden. Etwas später wurde dieses Bemühen in Deutschland aufgegriffen. Vor allem der Verein für Socialpolitik trat durch eigene Studien hervor; mehr noch hat die Sozialmedizin zur Profilierung dieser Forschungstradition beigetragen (vgl. ausführlich Maus 1973; Oberschall 1997). Nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte die Bundesrepublik Deutschland hier an. Zunächst zögerlich, entstanden Enquete-Kommissionen, wurden erste systematische Berichte initiiert.<sup>1</sup> Mittlerweile ist eine Vielzahl von Ausarbeitungen zu unterschiedlichen Themenfeldern und Politikbereichen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene verfügbar - hierzu zählen Kinder- und Jugendberichte (BMFSFJG 1998), Bildungsberichte (BMBF 2001) und neuerdings auch Gesundheitsberichte (StBA 1998; Land Sachsen- Anhalt 2000), um nur einige Beispiele sozialwissenschaftlicher Provenience zu nennen.

Auch der *vorliegende Text* versteht sich als Beitrag zur Sozialberichterstattung. Er ist entstanden als Vorarbeit zu dem laufenden Projekt „Gesundheitsberichterstattung des Landes Sachsen- Anhalt“, das seit April 2002 am hiesigen Institut für Soziologie angesiedelt ist.<sup>2</sup> Entsprechend bezieht sich dieser Beitrag auf das Bundesland Sachsen- Anhalt. Er hat zum Ziel, auf der Grundlage amtstatistischer Daten die demografische und soziale Lage der Bevölkerung zu eruieren sowie einen Blick auf die künftigen Entwicklungen zu werfen. Dies geschieht in mehreren Teilschritten: Es wird zunächst die regionale, alters- und geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Einwohnerschaft präsentiert (Kapitel 2). Informationen zur Bildungs- und Erwerbsbeteiligung und den Arbeitsfeldern der Menschen (Kapitel 3), zu den Haushalten und familialen Lebensverhältnissen (Kapitel 4), zum Einkommen und den finanziellen Hilfen zum Lebensunterhalt (Kapitel 5) schliessen sich an. Die Aufmerksamkeit gilt dann der Dynamik des Geschehens - den bisherigen Entwicklungen (Kapitel 6), ihrer Fortschreibung und den Prognosen der Bevölkerungszahlen bis zum Jahr 2020 (Kapitel 7). Eine Bilanz rundet die Erörterungen ab (Kapitel 8).

Wie jeder Sozialreport unterliegt auch dieser den Beschränkungen, die sich aus den verfügbaren Indikatoren und Daten ergeben. Keinesfalls ist es möglich, dem Universum der Aspekte auch nur annähernd gerecht zu werden. Hinzu kommt, dass die Statistik die Verhältnisse immer nur mit zeitlicher Verzögerung abzubilden vermag. Die zu gewinnenden Einblicke bleiben also notgedrungen selektiv. Die Auswertungen und die Aussagekraft der Befunde sind zudem gebunden an die Güte und die Strukturierung des Materials, das - im vorliegenden Fall - von Dritten erhoben wurde.<sup>3</sup> Dennoch vermögen die Ergebnisse wichtige Einblicke in die sozialen Verhältnisse in diesem Bundesland zu vermitteln.

## 2 Demografische und sozialstrukturelle Zusammensetzung

Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gehört Sachsen- Anhalt zu den „kleinen“ Ländern. Mit einer Einwohnerzahl von rund 2,6 Millionen - am Stichtag 31.12. 2000 genau 2.615.375 (StLA 2001, Teil 1, S. 52) - stellt es rund 3 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands und rangiert damit auf Platz 10 des Ländervergleichs. Zugleich ist dieses regionale Gebiet relativ dünn besiedelt. Während im Bundesdurchschnitt 230 Personen pro qkm gezählt werden, sind es hier lediglich 128 (ebenda, S. 45). Nur Brandenburg und Mecklenburg- Vorpommern erreichen geringere Werte (StBA 2001, S. 47ff). Die Sachsen- Anhalter verteilen sich auf 1289 Gemeinden, von denen jede Zweite dem Regierungsbezirk Magdeburg angehört, mehr als jede Vierte dem Regierungsbezirk Halle, jede Fünfte dem Regierungsbezirk Dessau. Die Menschen wohnen bevorzugt in Kleingemeinden bis 10.000, in kleineren und mittleren Städten zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern (vgl. Tabelle 1); jeweils etwa jeder Dritte lebt hier. Fast jeder Fünfte wohnt in einer der beiden Großstädte Halle oder Magdeburg. Dörfer bis unter 1000 Einwohnern stellen zwar die Mehrheit aller Gemeindetypen, versammeln aber lediglich 16 Prozent der Bevölkerung.<sup>4</sup>

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich freilich erhebliche *Abweichungen* zwischen den 21 Landkreisen und den 3 kreisfreien Städten (vgl. Tabelle A1). Die Bereiche Altmarkkreis Salzwedel und Stendal sind mit 44 bzw. 58 Menschen pro qkm am dünnsten besiedelt und weisen zugleich die meisten Gemeinden - nämlich 125 bzw. 133 - auf. Auch Anhalt- Zerbst, das Jerichower Land und der Ohrekreis gehören mit jeweils unter 80 Personen pro qkm zu den wenig frequentieren Gebieten. Bitterfeld und Weißenfels repräsentieren mit einer Bevölkerungsdichte von >200 den Gegenpol. Bernburg, Merseburg- Querfurt, Schönebeck, Köthen, Aschersleben- Staßfurt, der Burgenland- sowie der Saalkreis nehmen eine mittlere Position ein. In den kreisfreien Städten sind die höchsten Dichteziffern zu finden, wengleich auch zwischen ihnen deutliche Divergenzen bestehen. Mit 1835 Einwohnern pro qkm steht Halle an der Spitze, gefolgt von Magdeburg (1200) und Dessau (562).

Tabelle 1  
Die Verteilung der Bevölkerung nach Gemeindegröße am Stichtag 31.12.2000

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Anzahl der Gemeinden	Bevölkerung	männlich	weiblich
Weniger als 100	9	685	361	324
100 – 200	82	13 281	6 703	6 578
200 – 500	407	138 413	69 247	69 166
500 – 1 000	383	271 899	135 773	136 126
1 000 – 2 000	228	312 957	155 176	157 781
2 000 – 3 000	78	188 612	93 165	95 447
3 000 – 5 000	42	159 460	77 519	81 941
5 000 – 10 000	23	162 354	78 570	83 784
10 000 – 20 000	14	194 506	93 606	100 900
20 000 – 50 000	20	610 869	292 519	318 350
50 000 – 100 000	1	83 153	39 841	43 312
100 000 – 200 000	-	-	-	-
200 000 – 500 000	2	479 186	228 779	250 407
Insgesamt	1 289	2 615 375	1 271 259	1 344 116

Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S. 53

In allen Landesteilen ist die Bevölkerung dabei weitgehend unter sich; die Zahl der *ausländischen* Personen übersteigt die 3 Prozent- Marke in keiner Region (vgl. Tabelle A1). Mit einem Durchschnittswert von 2 Prozent, davon sind zwei Drittel Männer, zumeist Staaten des ehemaligen Ostblocks entstammend (vgl. StLA 2001, Teil 1, S. 47), ist die hiesige Ausländerquote auch im bundesweiten Vergleich (dort annähernd 9 Prozent; StBA 2001, S. 65) - verschwindend gering. Einbürgerungen sind ebenfalls nur geringfügig vermeldet; im Jahr 2000 waren es 472 Personen (StLA 2001, Teil 1, S. 53).

Zu den räumlichen Disparitäten gesellen sich *geschlechts- und altersspezifische*. Wie in den anderen Bundesländern ist auch für Sachsen- Anhalt ein Frauenüberschuss zu konstatieren. Im Jahre 2000 waren 51 Prozent der mittleren Wohnbevölkerung weiblichen Geschlechts. Dieser Anteil variiert kaum nach Landkreisen. Lediglich in den kreisfreien Städten, in den Regionen Bitterfeld, Burgenlandkreis und Wernigerode liegt er um einen Prozentpunkt höher, im Saalkreis sind die Männer- und Frauenquoten paritätisch (vgl. Tabelle A1). Bezüglich der Altersstruktur zeigt sich ebenfalls das bekannte, in den gängigen Alterspyramiden vielfach bestätigte Bild (vgl. Tabellen 2 und A2) - Heranwachsende bis zur Volljährigkeit stellen 17 Prozent der Bevölkerung und repräsentieren damit die Minderheit; dabei beträgt der Anteil der Kinder in der vorschulischen Phase lediglich 4 Prozent. Menschen im Senioren- und Greisenalter, die 65 Jährigen oder Älteren also, stellen 18 Prozent. Zwei Drittel der Einwohner/ -innen Sachsen- Anhalts sind zwischen 18 und bis zu 65 Jahre alt. Der mittleren Gruppe der 30-60 Jährigen, in der Regel stellen sie das Gros der Berufstätigen, sind 44 Prozent zuzurechnen. Von ihrer Erwerbsbeteiligung, dem Einkommen und der Steuerkraft wird in hohem Grade die Gestaltung der Lebensbedingungen für Junge und Alte, der Ausbau des infrastrukturellen Angebots und der diversen politischen Maßnahmen abhängig sein.

Die Befunde gewinnen in der *Verschränkung von Geschlecht, Lebensalter und Region* weitere Aussagekraft und Brisanz für gesundheits-, sozial- und bildungspolitische Erwägungen. Wie in den meisten modernen Industrienationen erzeugen auch in Sachsen- Anhalt der Geburtenüberschuss bei Knaben und die vorzeitige Sterblichkeit der Männer einen doppelten Effekt: In den frühen biografischen Phasen und bis hinein in das mittlere Erwachsenenalter stellen Männer die (knappe) Mehrheit der Bevölkerung. Die älteren Jahrgänge hingegen werden von Frauen dominiert. Die nach Alterskohorten differenzierte Aufschlüsselung (vgl. Tabelle 2) belegt von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr einen stabilen Anteil der Mädchen von 48,5 Prozent. Entgegen dem bundesweiten Trend (vgl. BMFSFJ 2002, S. 57) aber, sinkt dieser Wert in Sachsen- Anhalt in jener Kohorte auf 46,4 Prozent ab, in der gemeinhin die Familiengründung ansteht. Das aber bedeutet, dass das Land zusätzlich zum allgemeinen Bevölkerungsrückgang auf etwa 8000 weibliche 18-30 Jährige - und somit potenzielle Mütter - verzichten muss. Diese Entwicklung, deren Hauptgrund in der Abwanderung liegen dürfte, scheint ebenfalls in den anderen neuen, nicht aber in den alten Bundesländern, auf (vgl. StBA 2001, S.59). Sie lässt, unter der Voraussetzung gleichbleibender Ausländerraten, ungünstige Folgen für die generative Reproduktion in Ostdeutschland erwarten.

Dem korrespondieren die gegenteiligen Proportionen in den höheren Altersklassen. Während unter den 30-50 Jährigen 48,7 Prozent weiblichen Geschlechts sind, kehrt sich dies etwa ab dem 50. Lebensjahr in das Gegenteil um. Der Frauenanteil steigt kontinuierlich an und erreicht bei den Hochbetagten eine Quote von annähernd vier Fünftel. Der Gesundheitsstatus im späten Alter ist somit überwiegend feminin determiniert; jener in den früheren Jahren aber tendenziell maskulin überformt. Maßnahmen der Prävention, Therapie und Pflege sollten dies berücksichtigen. Sie sollten auch ins Kalkül ziehen, dass mehr als zwei Drittel der über 75 jährigen Frauen verwitwet ist (vgl. StLA 2001, Teil 1, S. 51). Potenzielle

Unterstützungsleistungen des Ehepartners entfallen, die Angewiesenheit auf institutionelle Hilfe im Krankheitsfall wird mit zunehmendem Alter wahrscheinlicher.

Die Geschlechterverteilung in den *Landkreisen* weicht nur geringfügig vom Landesdurchschnitt ab. Gravierendere Variationen ergeben sich aber bezüglich der *Altersstruktur* – einigen Landkreisen mit relativ starkem juvenilem Potenzial stehen die kreisfreien Städte mit geringen Jugendanteilen gegenüber. Andere Regionen neigen zur Überalterung (vgl. Abbildung 1; Tabelle A2): *Junge Menschen* vor dem 18. Lebensjahr prägen deutlicher als in anderen Gebieten den Altmarkkreis Salzwedel und den Kreis Stendal; ihr Anteil liegt 2,4 bzw. 2,0 Prozentpunkte über dem landesweiten Mittelwert von 17,1 Prozent. Sowohl bei Kindern unter drei Jahren, im Kindergartenalter sowie bei den 6-15 Jährigen übersteigt ihre Quote an der Bevölkerung das sonst übliche Maß. Auch im Saalkreis sowie im „Speckgürtel“ von Magdeburg wohnen mehr Heranwachsende als andernorts - das gilt für den Ohre- und Bördekreis und das Jerichower Land. Besonders wenig Kinder und Jugendliche finden sich indes in Dessau, Magdeburg und Halle.

Tabelle 2  
Bevölkerung am 31.12.2000 nach Altersgruppen und Geschlecht, Absolutwerte und Prozentanteile

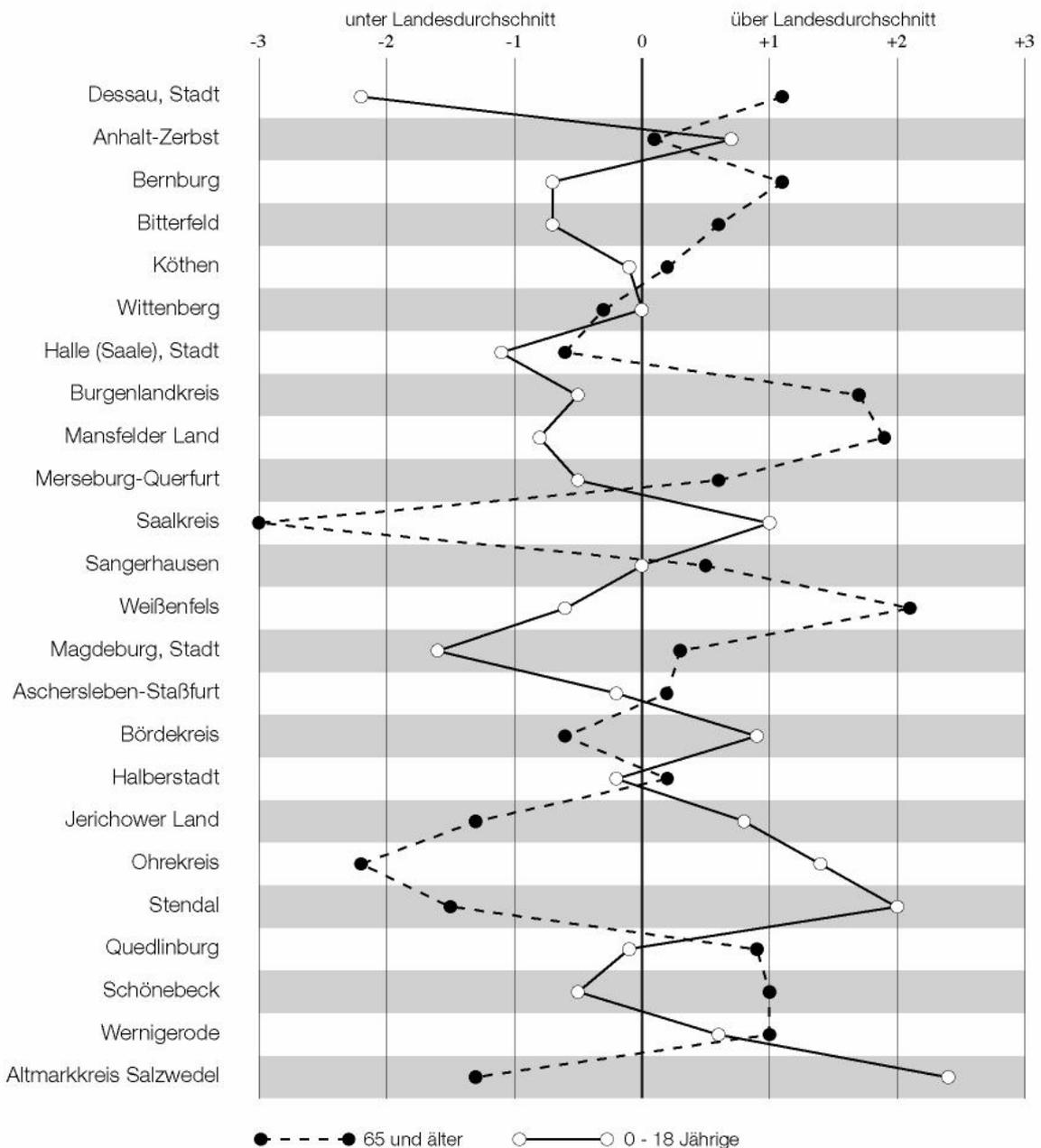
im Alter von ... bis ... unter Jahren	Personen insgesamt	Prozentanteile	
		je Altersgruppe	davon weiblicher Anteil an der Altersgruppe
0 - 3	53 771	2,1	48,5
3 - 6	47 655	1,8	48,5
6 - 18	343 583	13,1	48,5
18 - 30	366 287	14,0	46,4
30 - 50	819 305	31,3	48,7
50 - 65	525 940	20,1	51,0
65 - 75	273 686	10,5	57,1
75 - 85	138 547	5,3	70,7
85 und mehr	46 601	1,8	77,8
Insgesamt	2 615 375	100	51,4

Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S. 48-52 sowie eigene Berechnungen

Die Angehörigen der *älteren Generation* residieren mit Abstand bevorzugt in Weißenfels, dem Mansfelder Land und den Burgenlandkreis, auch überdurchschnittlich oft in Dessau- Stadt, den Gebieten um Bernburg, Quedlinburg und Schönebeck. Umgekehrt liegt im Saalkreis die Quote der über 65-Jährigen am stärksten unterhalb des Landesüblichen; sie beträgt 14,5 statt 17,5 Prozent. Dem folgen der Ohrekreis (15,3), Stendal (16,0), das Jerichower Land und der Altmarkkreis (jeweils 16,2 Prozent). Die Streubreiten in den mittleren Alterskohorten sind demgegenüber vergleichsweise gering; 30-65 Jährige sind etwas häufiger im Saalkreis sowie in Dessau- Stadt zu finden und weniger im Altmarkkreis Salzwedel.

Aus der Repräsentanz der Altersgruppen ergeben sich jeweils unterschiedliche *politische Herausforderungen*. So wird es in den Kreisen, in denen überproportional viele junge Menschen leben, darauf ankommen, vorschulische und schulische Angebote vorzuhalten, für Freizeitangebote, aber auch Lehrstellen und familiengerechte Wohnungen zu sorgen. In jenen

Abbildung 1  
Regionale Abweichungen ausgewählter Altersgruppen vom Landesdurchschnitt am 31. 12. 2000.  
Differenz in Prozentpunkten.



Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 2, S. 26-27 sowie eigene Berechnungen

Gebieten hingegen, in denen der Anteil der älteren Personen das Landesübliche übersteigt, muss der Nachdruck auf die Erreichbarkeit von Arztpraxen und Apotheken, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zu legen sein. Der Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel scheint ebenso geboten wie die Sorge um altersgerechte Wohngelegenheiten. Je mehr eine Extremgruppe - Nicht- Volljährige oder über 65 Jährige - überwiegt, desto konzentrierter auf die jeweilige Klientel können die Angebote sein, freilich nicht ohne neue Dilemmata hervorzubringen: Im Saalkreis, im Altmarkkreis, im Ohrekreis und im Jerichower Land mag sich das Augenmerk zuvorderst auf junge Menschen richten. In Dessau- Stadt, im Burgenlandkreis und in Weißenfels sowie, abgeschwächt, in einigen anderen Bezirken (vgl. Abbildung 1) aber müssen die Belange der Älteren mehr als anderswo Gehör finden. Dies wiederum wird mit dem Ziel kollidieren, die Region für junge Menschen attraktiv zu machen,

nicht zuletzt junge Frauen und Familien langfristig zu binden. Dieser Konflikt tritt auch in Wernigerode zutage. Hier ist sowohl die Quote der Heranwachsenden als auch die der Senioren überdurchschnittlich hoch. Mit 17,7 Prozent übersteigt der Anteil der 0-18 Jährigen den Mittelwert um 0,6 Prozentpunkte und zugleich leben hier auch mehr Senioren als im Land insgesamt.

### 3 Bildungs- und Erwerbsbeteiligung

Politische Aktivitäten und Investitionen sind immer auch abhängig von der Wirtschaftskraft des Landes, den finanziellen Ressourcen und dem Humankapital. Der Bildungsstand, die Qualifikation, die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung sind hierfür wichtige Indikatoren. Und umgekehrt ist die Verortung im Bildungs- und Arbeitssektor ein herausgehobener Faktor für die Platzierung in der sozialen Hierarchie wie für die individuelle Lebensführung, für Risiken und Gefährdungen. Zusammen genommen sind sie wichtige Determinanten für die Lebenslage, das Wohlbefinden, den Gesundheitsstatus und Krankheiten (vgl. Steinkamp 1999).

Im bundesweiten Vergleich ist die *Bildungsbeteiligung* der Kinder und Jugendlichen Sachsen-Anhalts überdurchschnittlich (vgl. Tabelle A3). Dieser Effekt zeigt sich auf allen Ebenen des allgemeinen Schulwesens, er gründet aber zuvorderst in der Zurückhaltung gegenüber der Hauptschule: 1998/ 99 haben 28,9 Prozent die Schule mit bestandener (Fach-) Hochschulreife verlassen, 56,1 Prozent weisen einen Realschulabschluss vor; 27,5 bzw. 43,8 Prozent betragen die Anteile in Deutschland insgesamt. 15 Prozent der Absolvent/ -innen - gegenüber 28,6 im gesamten Bundesgebiet – beendeten die Hauptschule erfolgreich. Zweifelsohne trägt zu dieser Bilanz bei, dass nur 0,9 Prozent der Schülerschaft Sachsen- Anhalts ausländischer Herkunft ist (StBA 2001, S. 380). Bundesweit hingegen ist es fast jeder Zehnte; sie gehören der Gruppe an, die vorwiegend niedrige Zertifikate erreicht. Damit konnotiert und dennoch von eigenständiger Wirkung sind die geschlechtsspezifischen Variationen. Wie seit längerem zu beobachten, erreichen Mädchen höhere schulische Qualifikationen (BMFSFJ 2002, S. 74). Und dies tritt in Sachsen- Anhalt noch deutlicher als im Bundesdurchschnitt hervor. Während innerhalb des Bundeslandes 54,5 Prozent der weiblichen Abgängerinnen die Mittlere Reife und 33,9 Prozent das Abitur erlangt haben, können in Deutschland insgesamt nur 45,3 bzw. 30,5 Prozent der Geschlechtsgenossinnen darauf verweisen. Der im Zeitverlauf zu konstatierende Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung wird sich mithin fortsetzen; ein Trend, der zuvorderst von den Mädchen getragen wird. Diese Entwicklung wird positiv gestützt durch die intensive Partizipation am *beruflichen Bildungswesen*. Im Schuljahr 2000/ 01 verzeichnen die berufsbildenden Schulen des Landes über 90.671 Schüler/ -innen; etwa 25.000 mehr als 1992/ 93. Auch die Zahl der Auszubildenden ist im gleichen Zeitraum um über 10.000 gestiegen.

Umso bedauerlicher ist es, dass es nach wie vor nur mühsam gelingt, die erworbenen Qualifikationen in eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit umzumünzen.<sup>5</sup> Den Daten des Mikrozensus<sup>6</sup> zufolge, sind im Mai 2000 etwa 40 Prozent der Einwohner Sachsen- Anhalts *erwerbstätig*. Das heisst, 1.064.100 Personen standen in einem Arbeitsverhältnis, verdienen ihren Lebensunterhalt als Selbständige oder Freiberufler. 44,6 Prozent davon sind weiblichen Geschlechts. 48,6 Prozent sind der Gruppe der Nichterwerbspersonen (Kinder, Hausfrauen, Rentner) zuzurechnen (StLA 2001, S. 162; S. 70).<sup>6</sup> Dabei ist die *Erwerbstätigenquote*, der Anteil der aktiv im Arbeitsleben stehenden Menschen im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahren also, weiter gesunken.<sup>7</sup> Konnte noch für 1998 von 59,5 Prozent (54,2 für Männer, 55,6 für Frauen) berichtet werden (Land Sachsen- Anhalt 2000, S. 27), sind zwei Jahre später

geringere Werte zu konstatieren – nur 58,5 Prozent der Erwerbspersonen in der genannten Altersgruppe gehen einer beruflichen Beschäftigung nach. Von den 20-40 Jährigen sind fast drei Viertel aktiv, von den 40-60 Jährigen zwei Drittel. Die Frauenanteile in diesen Altersgruppen sind dabei stets geringer. Insgesamt profitieren eher Männer am Erwerbssektor, nunmehr stehen 63,4 Prozent in Lohn und Brot. Die Verliererinnen aber sind weiterhin die Frauen. Ihre Quote ist auf 53,3 Prozent zurück gegangen. Auch jüngere Menschen sind von diesem Trend betroffen, während die über 55 Jährigen leichte Zugewinne vermelden können. Die Integration der 20-25 Jährigen in den Erwerbssektor hat seit 1991 (87,6 Prozent) stetig abgenommen und sich auf 78 Prozent eingependelt (ebenda, S. 73). Diese Tendenz gründet zwar überwiegend in der parallel enorm gestiegenen Studierwilligkeit (vgl. StLA 2001, S. 111) und dem daraus resultierenden verzögerten Eintritt in die Berufstätigkeit. Dennoch verharrt auch die Erwerbsquote der 25 Jährigen bis 55 Jährigen mit 93,8 Prozent um fast 3 Prozentpunkte unterhalb des Niveaus von 1991 (ebenda, S. 73). Dies lässt ungünstige Auswirkungen auf das Befinden der mittleren Generation erwarten, gilt doch die gelungene Integration in das Arbeitsleben als wichtige Komponente für eine befriedigende Lebensführung (vgl. Siegrist 1996).

Tabelle 3

Erwerbstätige im Mai 2000 nach Stellung im Beruf und monatlichem Nettoeinkommen<sup>1</sup> absolute und relative Häufigkeiten insgesamt und Prozentanteile der Frauen

	Insgesamt	%	weiblich %
Stellung im Beruf			
- Angestellte	497 300	46,8	65,5
- Arbeiter	450 000	42,3	25,5
- Selbständige	70 200	6,6	30,7
- Beamte	45 100	4,2	24,7
monatliches Nettoeinkommen			
- unter 1 000 DM	138 700	13,6	57,2
- 1 000 bis unter 1 800	263 600	25,8	56,3
- 1 800 bis unter 2 500	344 500	33,7	38,9
- 2 500 bis unter 3 500	191 300	18,7	37,8
- 3 500 bis 5 500 oder mehr	84 600	8,3	17,4

<sup>1</sup> Personen, die keine Angaben machten oder über kein Einkommen verfügten, sind nicht berücksichtigt

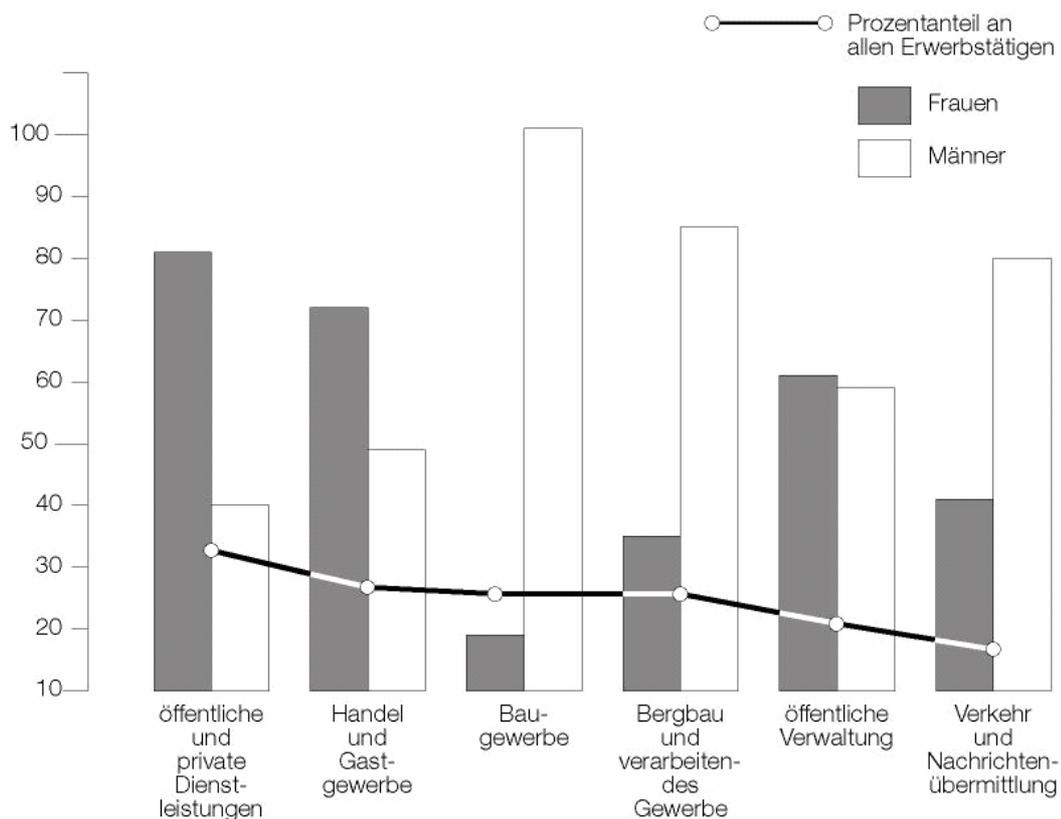
Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S.162 sowie eigene Berechnungen

Die überwiegende Mehrheit der Erwerbstätigen sind *abhängig Beschäftigte* (vgl. Tabelle 3). Jeweils über 40 Prozent sind entweder als Angestellte oder als Arbeiter tätig; circa 4 Prozent sind Beamte. Die berufliche Selbständigkeit spielt eine marginale Rolle; lediglich etwa 7 Prozent – bundesweit ist es jeder Zehnte (StBA 2001, S. 106) - verorten sich hier. Das Angestelltenverhältnis ist eine Domäne der Frauen; zwei Drittel von ihnen hat eine solche berufliche Stellung. In den anderen Bereichen sind sie mit einem Anteil von jeweils einem Viertel, bei den Selbständigen mit einem Drittel, unterrepräsentiert. Das modale monatliche *Nettoeinkommen*, das im Mikrozensus erhoben wurde, liegt zwischen 1800 und 2500 DM pro Person. Über diese Summe verfügt ein Drittel der Erwerbstätigen Sachsen- Anhalts. Ein Viertel muss sich mit 1000 bis 1800 DM begnügen, 13,6 Prozent bleiben unter 1000 DM. Die höheren Einkommensgruppen stellen die Minderheit dar – etwa ein Fünftel verdient über 2500 DM, weitere 8,3 Prozent überschreiten die Summe von 3500 DM. Einmal mehr bestätigen sich dabei die bekannten geschlechtsspezifischen Unterschiede (BMFSFJ 2002, S.

87f): Je höher die Einkommensgruppe, desto geringer ist der Anteil der Frauen. Auch bedingt durch häufigere Teilzeittätigkeit stellen sie nicht einmal ein Fünftel an der höchsten monetären Kategorie in Tabelle 3, wohl aber 57,2 Prozent an der untersten.

Bezüglich der *Wirtschaftsbereiche*, in denen die Menschen Sachsen- Anhalts tätig sind, spiegelt sich der für moderne Industriegesellschaften seit längerem konstatierte Trend hin zum Dienstleistungssektor wider. Im Rahmen von öffentlichen und privaten Dienstleistungen (inklusive Grundstückswesen, Kreditinstitute, Versicherungen) sowie in der öffentlichen Verwaltung arbeiten über 40 Prozent der Erwerbstätigen. Das Produzierende Gewerbe, der Bergbau und das Bauwesen bieten 31 Prozent der besetzten Arbeitsplätze an. Weitere 16,7 Prozent stellen Handel und Gastronomie. In der Landwirt- und Forstwirtschaft verdienen 4,1 Prozent ihren Lebensunterhalt, in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Energie und Wasserversorgung 7,4 Prozent (vgl. StLA 2001, S. 162). Von dieser Entwicklung profitieren vor allem die Frauen. Sie stellen die überwiegende Mehrheit der Erwerbstätigen in den öffentlichen und privaten Dienstleistungen, aber auch im Handel und im Gastgewerbe. Im

Abbildung 2  
Erwerbstätige im Mai 2000 nach ausgewählten Wirtschaftsunterbereichen.<sup>1</sup>  
Prozentanteile insgesamt und nach Geschlecht.



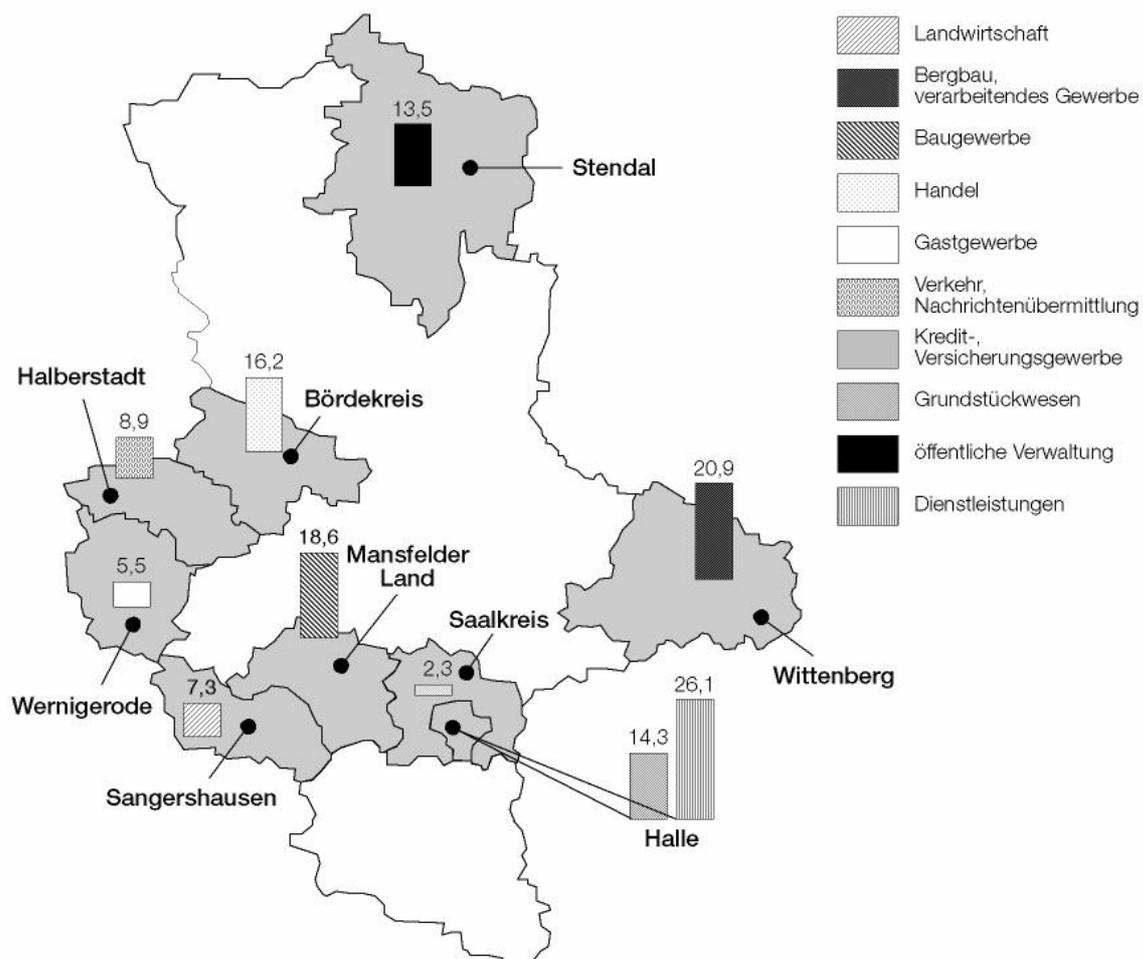
<sup>1</sup> Nicht aufgeführt sind Branchen mit weniger als 6 Prozent der Erwerbstätigen

Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S. 162 sowie eigene Berechnungen

Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe, im Verkehrsbereich sowie in der Nachrichtenübermittlung und traditionellerweise im Baugewerbe dominieren die Männer. Lediglich in der öffentlichen Verwaltung besteht ein nahezu paritätisches Verhältnis (vgl. Abbildung 2).

Zu den geschlechtsspezifischen Variationen treten weitere hinzu: Für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte<sup>8</sup> sind nämlich die Chancen, in einem bestimmten Wirtschaftszweig arbeiten zu können, *regional* unterschiedlich verteilt (vgl. Abbildung 3 und Tabelle A4). So hebt sich etwa die Stadt Halle durch die Branchen öffentliche und private Dienstleistungen sowie Grundstückswesen und Vermietungen besonders hervor. Während im Landesdurchschnitt hier 20,5 bzw. 9,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer/ -innen ihr Geld verdienen, weicht Halle mit Anteilen von 26,1 bzw. 14,3 am meisten von diesen Werten ab. Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung sind über das

Abbildung 3  
 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte Arbeitnehmer/-innen am 30. 6. 2000.  
 Regionalisierte Darstellung der Wirtschaftsbereiche, die am stärksten den Landesdurchschnitt übersteigen.



Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 2, S. 70-71 sowie eigene Berechnungen

Landesübliche hinaus vor allem in Stendal (13,5 Prozent) und Magdeburg (13,4 Prozent) zu finden. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe zeigt der Saalkreis einen leichten Vorsprung, dicht gefolgt von Dessau- Stadt, Magdeburg und dem Jerichower Land. Im Mansfelder Land ist fast jeder fünfte Arbeiter oder Angestellte im Baugewerbe tätig; 16 Prozent sind es in der Region Schönebeck. Im Land Sachsen- Anhalt beträgt diese Quote lediglich 13,5 Prozent. Im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ist mehr als jeder Fünfte innerhalb der Regionen Wittenberg, Bitterfeld und Anhalt- Zerbst erwerbstätig; dies übersteigt den Landesmittelwert um etwa 3 Prozentpunkte. Die Land- und Forstwirtschaft spielt in den Kreisen Sangerhausen, Wittenberg, Altmark und Köthen eine herausgehobene Rolle. Im Handel sind überdurchschnittlich viele Menschen des Bördekreis<sup>6</sup>, aber auch des Ohrekreis<sup>7</sup> eingestellt. Die Gebiete um Wernigerode und Quedlinburg hingegen legen besonderen Nachdruck auf die Gastronomie. Mit den Zweigen Verkehr und Nachrichtenübermittlung indes tun sich die Gebiete um Halberstadt und Halle hervor.

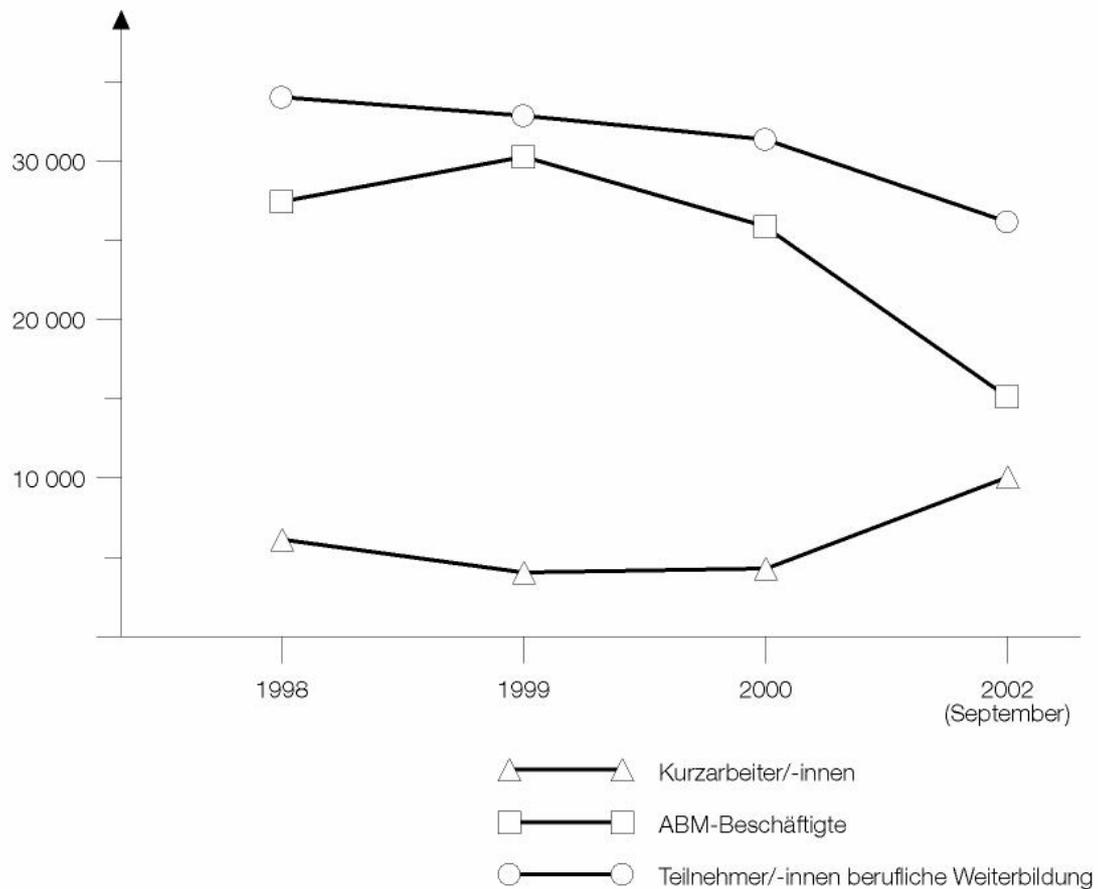
Sachsen- Anhalt ist das Bundesland mit der seit Jahren höchsten *Arbeitslosenquote*. Mit einem Ausgangsstand von 10,3 Prozent im Jahr 1991 ist die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich bis 1997 gestiegen. Der Höchststand von 21,7 Prozent hat sich dann zwar stetig, doch nur leicht abgeschwächt. Im Jahr 2000 ist ein Rückgang auf 21,4 Prozent zu vermelden (vgl. StBA 2001, S. 124f); ein Wert, der im Jahr 2002 bei unter 20 Prozent einpendelte<sup>9</sup> und der auch Folge der Abwanderung sein dürfte. Parallel dazu hat sich auch die Zahl der offenen Stellen, das Jahr 1998 ausgenommen, verringert (ebenda, S. 124f). Mithin ist nach wie vor jede fünfte Person im erwerbsfähigen Alter vom Arbeitsleben ausgeschlossen. Dabei sind, wie auch im vorigen Zeitraum (Land Sachsen- Anhalt 2000, S. 28ff), deutliche geschlechts- und regionalspezifische Unterschiede für das Jahresmittel 2000 zu konstatieren (vgl. Tabelle A5).

Nach wie vor sind Frauen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Im Jahr 2000 betrug ihr Anteil 52,8 Prozent an allen Arbeitslosen des Landes; auch zwei Jahre später ist keine nennenswerte Erholung eingetreten (51,3 Prozent). Die Situation der Frauen ist vor allem im Regierungsbezirk Dessau ungünstig - in allen dortigen Landkreisen sind überdurchschnittlich viele von ihnen ohne Anstellung. Allein in den Regionen Köthen und Bitterfeld beträgt der weibliche Anteil 57,4 bzw. 56,2 Prozent. In den grossen Städten Halle und Magdeburg indes, sind Männer auf der Verliererseite – mit 51,7 bzw. 50,2 Prozent zählen sie öfter als anderswo zu den Menschen ohne Beschäftigung. Dies gilt abgeschwächt auch für den Saal- Ohre-, Börde- und Altmarkkreis, das Jerichower Land und Halberstadt. Ein Blick auf die regionalspezifischen Quoten repliziert die geschlechtsspezifischen Verteilungen nur partiell. Die höchsten Raten sind in den Kreisen Aschersleben- Staßfurt, Quedlinburg und Mansfelder Land anzutreffen; fast jeder Vierte ist dort ohne Arbeit. In dieser Negativbilanz nahezu gleich auf liegen die Gebiete Köthen, Bitterfeld und Bernburg im Regierungsbezirk Dessau. Am günstigsten schneiden die „Speckgürtel“ von Halle und Magdeburg sowie ausgewählte ländliche Bereiche ab. Dies gilt für den Ohrekreis, den Altmarkkreis Salzwedel, den Saalkreis, Wernigerode sowie den Bördekreis, wengleich auch dort die Arbeitslosenquote bedenklich bleibt – sie pendelt zwischen 15,5 und 18,6 Prozent.

Wie prekär die Situation auf dem Arbeitsmarkt Sachsen- Anhalts ist, drückt sich auch in der Zahl von Menschen aus, die in *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* eingesetzt sind (vgl. Abbildung 4). Obgleich die Rate im Vergleich zu 1999 rückläufig ist, waren im Jahr 2000 immer noch 25863 Personen hier befristet untergebracht. Zwei Jahre später beläuft sich dieser Wert auf 13259. Auch die Partizipation an beruflicher Weiterbildung, die als Indiz für die vorgängig erfolglose Arbeitsplatzsuche zu deuten ist, ist zurückgegangen. Dennoch verbleiben über 31000 - (2002: 25324) - Personen in diesem Sektor und entlasten somit temporär den Wettlauf um eine Anstellung. Parallel dazu hat sich, als weiteres Indiz für die ungünstige

Lage, die Anzahl der Kurzarbeiter/ -innen leicht erhöht, um neuerlich auf 4038 im Jahre 2002 zu sinken.

Abbildung 4  
Anzahl der Kurzarbeiter/-innen, ABM-Beschäftigten und Teilnehmer/-innen an beruflicher Weiterbildung in Sachsen-Anhalt 1998-2002.  
Absolute Häufigkeiten.



Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S. 187

Insgesamt gesehen hat sich der Arbeitsmarkt im langfristigen Trend wenig verändert. Und angesichts der wirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland steht derzeit nicht zu erwarten, dass sich die ökonomischen Parameter in Sachsen-Anhalt nachhaltig verbessern. Dennoch zeichnet sich eine Trendwende am Horizont ab. Sie lässt sich prognostizieren für den Zeitpunkt des Übergangs der (extrem) geburtenschwachen Jahrgänge in das Erwerbsleben, beginnend etwa mit dem Jahr 2008. Nicht Arbeitskräfte- und Lehrstellenüberschuss, sondern Fachkräftemangel dürften dann das Bild kennzeichnen.

## 4 Haushalte und familiale Lebensverhältnisse

Die Lebenslagen der Bevölkerung sind freilich nicht allein aus dem Grad der Erwerbsbeteiligung ersichtlich. Um die materielle Situation ermessen zu können, sind Informationen darüber erforderlich, inwieweit die Menschen alleine oder mit anderen zusammen wirtschaften und wieviele Personen am Einkommen partizipieren. Für die Einschätzung der sozialen Belange kommt es überdies darauf an, die Präferenzen für private Bindungen und Daseinsformen zu ermitteln, Einblick zu nehmen in die soziale Integration, die vorhandenen Ressourcen und Unterstützungssysteme.

Die Einwohner/ -innen Sachsen- Anhalts leben in über 1.222.000 *privaten Haushalten*, deren durchschnittliche Grösse 2,15 Personen umfasst. Zwei Drittel davon sind von mindestens zwei Personen bewohnt (StLA, Teil 1, S. 75). Haushalte, die ledige Kindern beherbergen, sind allerdings in der Minderheit. Damit setzt sich der im vorgängigen Gesundheitsbericht (Land Sachsen- Anhalt 2002, S. 31f) konstatierte Trend hin zu einer grösseren Anzahl kleinerer Haushalte fort. Dies ist nicht nur ein Effekt der rückläufigen Geburtenraten, sondern auch der gestiegenen Überlebensquoten von Frauen. Mehr als die Hälfte der über 70 Jährigen und zwei Drittel der über 75 Jährigen sind Witwen und leben in der Regel alleine (vgl. StLA, Teil 1, S. 71). Hinzu kommen veränderte Präferenzen junger Menschen: Mit verlängerten Ausbildungs- und Studienphasen verschiebt sich das Heiratsalter, nicht selten steht vor der Gründung des gemeinsamen Hausstandes das Single- Dasein.

---

Tabelle 4  
Private Lebensformen im Zeitvergleich. Prozentanteile pro Jahr

---

	1991	1995	1999	2000
Ehepaare ohne Kinder	27,6	29,1	30,0	30,6
Ehepaare mit ledigen Kindern	36,3	32,2	28,7	27,2
Alleinerziehende	9,8	11,1	11,6	11,6
Alleinstehende ohne Kinder	26,3	27,5	29,7	30,6

---

Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S. 78 sowie eigene Berechnungen

Der Trend zu kleineren Haushalten spiegelt sich in den *privaten Lebensformen* (vgl. Tabelle 4).<sup>10</sup> Seit 1991 ist der Anteil von Ehepaaren ohne Kinder sowie von Alleinstehenden stetig gestiegen. Beide Gruppen stellen mittlerweile jeweils ein Drittel an den im Lande praktizierten und mit den Kategorien der Statistik erfassten Arten des Zusammenlebens. Entsprechend ist die Zahl der Ehen mit Kindern rückläufig, sie umfasst im Jahr 2000 etwa ein Viertel der erhobenen Lebensformen. Der Anteil der Alleinerziehenden hat sich bei 11,6 Prozent eingependelt. Auch bei ausschliesslicher Betrachtung von *Familientypen* (vgl. StLA 2001, Teil 1, S. 78), stellen Ehepaare ohne Kinder die Mehrheit (44,2 Prozent); gefolgt von jenen mit unverheirateten Kindern (39,1) und Alleinerziehenden (16,7 Prozent). Es wäre jedoch vorschnell, daraus auf eine verbreitete Heirats- oder Reproduktionsmüdigkeit zu schliessen. Denn zum einen ist nicht ausgeschlossen, dass jüngere Alleinstehende noch heiraten, zunächst zu kinderlosen Eheleuten werden, um sich dann später für Kinder zu entscheiden. Zum zweiten verbergen sich in der Gruppe der kinderlosen Ehepaare auch jene älteren Personen, deren Nachwuchs selbst schon verheiratet ist, und die deshalb im Sinne der Amtsstatistik als kinderlos gelten. Auch ist nicht zu übersehen, dass die Rate der Eheschliessungen seit 1992 kontinuierlich steigt; sie beträgt 3,9 je 1000 Einwohner; gleichzeitig hat aber auch die Zahl der

Scheidungen deutlich zugenommen (vgl. StLA 2001, S. 65). Die Attraktivität der Ehe ist ebenfalls dem gegenwärtigen Familienstand zu entnehmen: 59,5 Prozent der über 20- Jährigen Sachsen- Anhalter sind verheiratet, 10,4 Prozent verwitwet. 8,2 Prozent in dieser Altersgruppe sind geschieden (StLA 2001, S. 51).

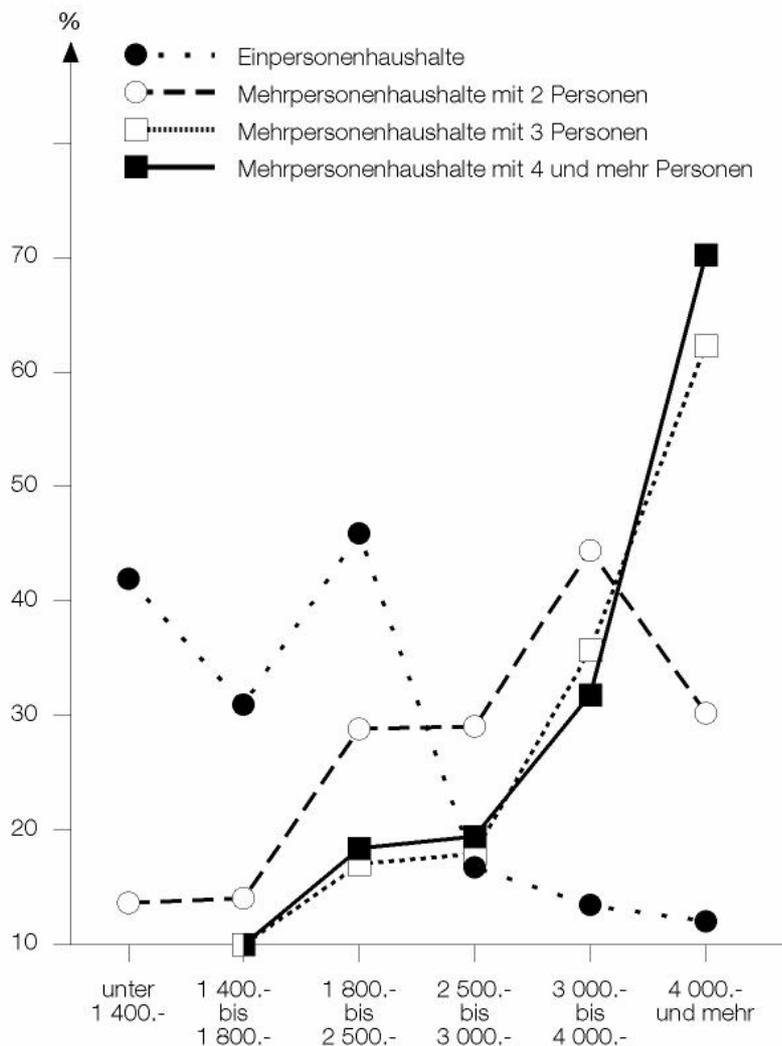
Auch bezüglich der *Kinderzahl* sind vorsichtige Schlussfolgerungen geboten. Zwar trifft es zu, dass innerhalb der Familienformen die Quote der Ehepaare mit ledigen Kindern kontinuierlich abnimmt – von 49,2 im Jahre 1991 auf 39,1. Auch hat sich im Zeitverlauf die durchschnittliche Kinderzahl beständig verringert, auf derzeit 1,55 bei den Ehepaaren und 1,38 bei den Alleinerziehenden (vgl. StLA 2001, S. 78). Und unter jenen Verheirateten, die ledige Kinder (ohne Altersbegrenzung) haben, bilden Familien mit einem Kind die Mehrheit (55,1 Prozent); 37,2 Prozent haben zwei Kinder, etwa 8 Prozent mehr als zwei. Bei den Alleinerziehenden dominiert das Ein- Kind- Modell (91 Prozent). Doch ist zu bedenken, dass es sich hierbei um eine Momentaufnahme handelt, die schwerlich die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern enthüllen. Neuerlich ist nicht auszuschliessen, dass junge Paare sich für ein zweites Kind entscheiden und ältere Familien deshalb als Ein- Kind- Typus oder kinderlos gezählt werden, weil die Kinder bereits das Elternhaus verlassen haben. Statistische Berechnungen, die durch Umcodierung der Daten gleichsam die Perspektive der Kinder simulieren, nehmen denn auch den populären Thesen über Einzelkinder und Scheidungswaisen die Dramatik: Nach wie vor lebt die überwiegende Mehrheit der Heranwachsenden bis zur Volljährigkeit in der Herkunftsfamilie, wächst mit den eigenen Eltern und einem Geschwister auf. Paare, die sich für Nachwuchs entscheiden, heiraten und bekommen in der Regel zwei Kinder. Der unbestreitbare Strukturwandel resultiert aus dem steigendem Anteil von Frauen, die (gewollt oder nicht) ganz auf Nachkommen verzichten sowie aus dem starken Rückgang von Familien mit mehr als zwei Kindern (vgl. dazu ausführlich Joos 2001). Auch wenn diese Beziehungen in Ostdeutschland etwas verhaltener auftreten, dürften sie die Situation in Sachsen- Anhalt im wesentlichen wiedergeben.

## **5 Einkommen und Hilfen zum Lebensunterhalt**

Das *Einkommen* der Privathaushalte in Sachsen- Anhalt hat sich seit 1991 kontinuierlich verbessert (vgl. StLA 2001, Teil 1, S. 76f); ohne freilich die westdeutschen Werte (vgl. StBA 2001, S. 64) und das für dort vermeldete Niveau der Zufriedenheit (Christoph 2002) zu erreichen. Erwartungsgemäss korreliert dabei das monatliche Nettoeinkommen deutlich mit der Personenzahl im Haushalt (vgl. Abbildung 5). Je mehr Menschen zusammen leben, desto eher wird die Grenze von 4000 DM erreicht oder überschritten. Dies gilt für 62,2 Prozent der Haushalte mit 4 und mehr Personen und 52,3 Prozent derer mit 3 Personen. Umgekehrt muss sich jeder dritte Single mit weniger als 1400 DM begnügen, ein weiteres Drittel verfügt über 1800 bis zu 2500 DM im Monat. Nur 2 Prozent, in den alten Bundesländern aber 9,4 Prozent, erreichen die 4000 DM – Marke. Die modale Wert der 2 Personenhaushalte liegt zwischen 3000 und 4000 DM. Jeder Fünfte verortet sich in einer höheren Kategorie; im Gebiet der früheren Bundesrepublik sind dies 44,6 Prozent. Freilich ist bei diesem Vergleich in Rechnung zu stellen, dass dieses Defizit insbesondere durch die geringeren Mietkosten in den neuen Bundesländern (vgl. StBA 2002, S. 139) abgemildert wird.

Gleichwohl ist auch in Sachsen- Anhalt ein kleiner Teil der Bevölkerung nicht aus eigener Kraft in der Lage, die materiellen Anforderungen und Notwendigkeiten des Alltags zu bestreiten. 3,3 Prozent der Einwohner/ -innen beziehen *laufende Hilfe zum Lebensunterhalt*; bundesweit sind es 3,4 Prozent (StBA 2001, S. 482). Weitere 1,4 Prozent erhalten finanzielle

Abbildung 5  
 Monatliches Nettoeinkommen der Privathaushalte im Mai 2000.  
 Angaben in Prozent.



Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S. 76-77

Unterstützung in besonderen Lebenslagen. Dabei sind vorrangig die kreisfreien Städte gefordert: In Halle erhalten 58 je 1000 Einwohner laufende finanzielle Unterstützung, in Magdeburg 44, in Dessau 38. In den umliegenden Gebieten indes, gestaltet sich dies wesentlich günstiger. Die Quote beträgt im Saalkreis 19 und im Ohrekreis 15 Promille (vgl. StLA 2001, S. 128). Einmal mehr replizieren sich dabei die Ausarbeitungen des Zehnten Kinder- und Jugendberichts (BMFSFJ 1998) – junge Menschen zählen in beachtlichem Maße zu den Bedürftigen. 38,1 Prozent der Empfänger/-innen von Sozialhilfe sind Heranwachsende bis zum 18. Lebensjahr (vgl. Tabelle 5). Das Gros stellen die Erwachsenen (58,7 Prozent). Dem korrespondieren die Gründe, die zur Inanspruchnahme öffentlicher Hilfe führen. Die Geburt eines Kindes sowie Trennung und Scheidung stehen im Vordergrund (vgl. StLA 2001,

Teil 1, S. 342).<sup>11</sup> So sind denn auch in den entscheidenden Altersgruppen der 18 bis 30 Jährigen deutlich mehr Frauen als Männer, die diesen Weg gehen. Der Anteil der Ausländer liegt bei 6,7 Prozent und ist damit gegenüber 1999 rückläufig.

Tabelle 5

Hilfen zum Lebensunterhalt und in besonderen Lebenslagen im Jahr 2000, Empfänger/ -innen nach Altersgruppen; Angaben in Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Hilfen zum Lebensunterhalt	in besonderen Lebenslagen
unter 3 - 18	38,1	16,5
18 - 65	58,7	68,7
65 - 85 und mehr	3,2	14,8

Quelle: Statistisches Landesamt, Teil 1, S. 341, 343 sowie eigene Berechnungen

Alte Menschen beziehen ausgesprochen selten laufende finanzielle Unterstützung von seiten des Staates. Dies gilt auch für Hilfen in besonderen Lebenslagen, die überwiegend von Erwachsenen bis zu 65 Jahren in Anspruch genommen werden (vgl. Tabelle 5). Von allen Personen, die dies benötigen, befindet sich mehr als jeder Zweite in einer Einrichtung, zuvorderst im Zusammenhang mit einer Behinderung (vgl. StLA 2001, Teil 1, S. 344). Um die Kosten für die Wohnung bezahlen zu können, erhalten Sozialhilfeempfänger in der Regel ein pauschaliertes *Wohngeld*. Ein weiterer Personenkreis kann Tabellenwohngeld oder einen Mietzuschuss beantragen. Hiervon haben etwa 8 Prozent der Bevölkerung Gebrauch gemacht (vgl. StLA 2001, S. 350f). Es handelt sich dabei in beiden Teilgruppen vorrangig um Arbeitslose (über 52 Prozent) und Rentner (über 22 Prozent). Etwa jeder Zweite erhält Beträge unter 150 DM im Monat, etwa jeder Dritte 150 bis 250 DM.

In welchem Maße das Land Sachsen- Anhalt weiterhin finanzielle Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Bedürftige zahlen muss, wird sicherlich davon abhängen, inwieweit es gelingt, den Erwerbssektor zu verbessern, die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren. Eine gewichtige Einflussgröße stellt aber auch die Bevölkerungsentwicklung insgesamt dar. Zu fragen ist mithin nach den Saldi von Geborenen und Gestorbenen, von Zuzug- und Wegzug, nach den langfristigen Prognosen bis 2020.

## 6 Bisherige Entwicklungen

Die meisten europäischen Industrienationen sehen sich mit einem kontinuierlichen Bevölkerungsschwund konfrontiert (vgl. WHO 1994). Obgleich die Bundesrepublik Deutschland geringe Zuwächse, vor allem bedingt durch Zuwanderung vorweisen kann, muss auch sie diesen Trend ins Kalkül ziehen. Die Bundesländer sind davon in unterschiedlicher Weise betroffen. Während in einigen westlichen Gebieten – allen voran in Bayern und Baden-Württemberg – für 1999 positive Trends zu vermelden sind (vgl. StBA 2001, S. 58), nimmt die Bevölkerung in der östlichen Landeshälfte, mit Ausnahme Brandenburgs, ab. Im genannten Jahr hatte Sachsen- Anhalt mit einem Verlust von 10 Personen je 1000 Einwohner die ungünstigste Bilanz. Diese Tendenz hält unvermindert an. Davon zeugen die periodischen Zahlenreihen – allein zwischen 1999 und 2000 hat sich der Bestand an Einwohner/ -innen um weitere 33362 verringert (vgl. Tabelle A6); zwischen 2000 und 2001 ist nochmals ein

Rückgang um 1,3 Prozent zu vermelden.<sup>12</sup> Diese Situation speist sich im wesentlichen aus zwei Quellen – dem Verhältnis von Geburten- und Sterberate und der Relation von Abwanderung und Zuwanderung:

Erfreulicherweise nimmt die Zahl der *Lebendgeborenen* seit einigen Jahren stetig zu (vgl. Tabelle 6). Im Jahr 2000 sind 7,1 Kinder pro 1000 Personen der mittleren Bevölkerung auf die Welt gekommen. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer, der Anteil der Lebendgeborenen pro 1000 Frauen in der Altersgruppe zwischen 15 und unter 45 Jahren also, ist von 32,3 im Jahre 1998 auf 35,9 gestiegen. Insbesondere die Stadt Halle, die Landkreise Halberstadt, der Ohrekreis, Stendal, Altmark, und Köthen tragen zu dieser Entwicklung bei (vgl. Tabelle A7). Aus medizinischer Sicht ist der weitere Rückgang der Totgeburten auf nunmehr 76 ebenfalls positiv zu werten, wenngleich dies die betroffenen Eltern keineswegs zu trösten vermag. Die Zahl der gestorbenen Säuglinge ist von 70 im Jahr 1999 auf 77 gestiegen (vgl. StLA 2001, Teil 2, S. 38f). Dennoch reicht dies nicht aus, um die Zahl der Verstorbenen auch nur annähernd zu kompensieren. Trotz des im Zeitvergleich ersichtlichen Rückgangs der Sterberaten (jeweils gemessen an 1000 Menschen der mittleren Bevölkerung), bleibt die Bevölkerungsentwicklung degressiv (vgl. Tabelle 6). Zuvorderst müssen sich die Landkreise Mansfelder Land, Anhalt- Zerbst, Weißenfels, Bitterfeld, Bernburg Burgenlandkreis und Merseburg- Querfurt dieser Tendenz stellen. Aber auch die Regionen Bördekreis, Aschersleben- Staßfurt, Schönebeck, Wittenberg, Köthen liegen oberhalb des landesüblichen Verlusts. Günstiger erscheint die Lage im Ohrekreis, der Stadt Halle, und mit Abstand auch in den Gebieten um Stendal, dem Altmarkkreis, Sangerhausen und Saalkreis. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass auch sie ausnahmslos eine Verlustbilanz vorweisen (vgl. Tabelle A7).

Tabelle 6  
Lebendgeborene und Gestorbene in Sachsen-Anhalt 1996. Promille-Anteile und Saldi<sup>1</sup>

	Lebendgeborene pro 1 000 der mittleren Bevölkerung	Gestorbene	Saldi
1996	5,9	11,9	- 16 487
1997	6,3	11,4	- 13 698
1998	6,5	11,5	- 13 498
1999	6,8	11,3	- 11 883
2000	7,1	11,5	- 11 452

<sup>1</sup> Das Minuszeichen indiziert den Überhang an Gestorbenen  
Quelle: Statistisches Landesamt 2001, Teil 1, S. 61-62 sowie eigene Berechnungen

Zu diesen Verlusten treten solche aus der Überzahl der Fortzüge hinzu. Die auf Sachsen-Anhalt bezogenen *räumlichen Veränderungen* stellen überwiegend innerdeutsche Wanderungen dar; das Ausland ist in weniger als 10 Prozent der Zu- und Fortzüge involviert. Der überwiegende Teil dieser Binnenwanderungen vollzieht sich zudem im Bundesland selbst (vgl. Tabelle 7). Etwa drei Viertel der zu verzeichnenden Zuzüge erfolgen entweder in eine neue Gemeinde innerhalb des bisherigen Landkreises oder aber landkreisüberschreitend. Ein weiteres Viertel stellen Personen, die aus anderen Teilen Deutschlands kommen. Auch die Abwanderungen erfolgen mehrheitlich auf Sachsen- Anhalt bezogen. Während in den zurückliegenden Jahren ein Teil der Landkreise sich wachsenden Bevölkerungszahlen erfreuen konnten, hat diese Entwicklung aber ihr Ende erreicht. Im Jahr 2000 gewann

lediglich der Saalkreis einen nennenswerten Überschuss an Einwohnern. Die bislang hohen Zugewinne im Ohrekreis sind abgeflacht, der Bördekreis und das Jerichower Land halten die Bevölkerungszahlen (noch) konstant. Alle andere Landkreise haben Degressionen zu verkraften – besonders deutlich ist die Stadt Halle betroffenen, gefolgt von Dessau- Stadt und Bitterfeld (vgl. StLA 2001, Teil 2, S. 48). Zu diesen Saldi trägt vor allem die Rate jener bei, die das Bundesland verlassen – sie ist mit 38,2 Prozent deutlicher höher als die der Neuankömmlinge. Die saldierten Werte der gesamten Binnenwanderungen zeigen denn auch für Sachsen- Anhalt ein Minus von 23.626 Personen. Von dem Auswärtsstreben profitieren zuvorderst Bayern, Baden- Württemberg, Nordrhein- Westfalen und Niedersachsen (vgl. StLA 2001, Teil 1, S. 68). Zugleich wird deutlich, dass Frauen weniger wanderfreudig sind. Ihr Anteil an den Zuziehenden wie an den Weggehenden verbleibt jeweils unterhalb ihres Anteils an der Bevölkerung. Doch gereichen diese Durchschnittswerte nicht zur Beruhigung, weil gerade junge Frauen dem Land den Rücken kehren.

Tabelle 7  
Arten der Binnenwanderung 2000. Angaben in Prozent und Insgesamt

	Zuzüge		Fortzüge		Saldi	
	insgesamt	Anteil weiblich	insgesamt	Anteil weiblich	insgesamt	Anteil weiblich
über die Gemeindegrenzen, aber innerhalb des Kreises	42,9	50,3	35,3	50,3		
über die Kreisgrenzen, aber innerhalb Sachsen-Anhalts	32,3	49,3	26,6	49,3		
über die Landesgrenze, aber innerhalb Deutschlands	24,8	48,6	38,2	50,1	- 23 626	51
Binnenwanderung insgesamt	109 057	49,5	132 683	49,9	- 23 626	51

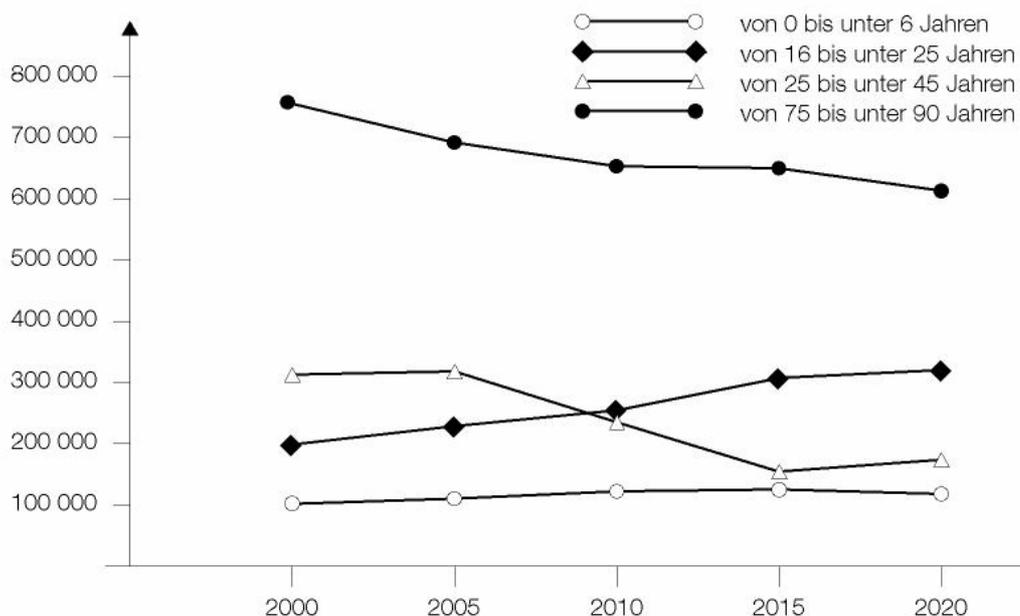
Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S. 67 sowie eigene Berechnungen

## 7 Prognosen

Ein Blick in die Zukunft ergibt kein günstigeres Szenario. Die vom Statistischen Landesamt vorgelegten *Prognosen* lassen erwarten, dass die Bevölkerungszahlen weiterhin abnehmen.<sup>13</sup> In den kommenden dreizehn Jahren ist mit einem Rückgang der Bevölkerung um rund 340.000 zu rechnen; das sind 12,9 Prozent. Oder in anderen Worten: Jede achte Person, die 1999 hier lebte, wird fehlen (vgl. Tabelle A8). Berechnet auf das Ausgangsjahr 1997 beträgt der prospektive Verlust zwischen 2000 und 2005 3,3 Prozent, 2005 verglichen mit dem nächsten Quintil weitere 2,0 Prozent, bezogen auf den 2010 folgenden Zeitraum 1,8 Prozent und schliesslich auf der Basis von 2015 weitere 1,9 Prozent. Die spezifische Problematik liegt dabei in der *Altersverteilung*. Zu den genannten Prognosezeitpunkten wird der Anteil der 25-45 Jährigen, jener Gruppe mithin, die die höchsten Raten der Erwerbsbeteiligung stellt, kontinuierlich fallen, die Menschen ab dem 65. Lebensjahr – und Insonderheit der über 75 Jährigen - aber stetig wachsen (vgl. Abbildung 6). Besonders eindringlich ist dieser Effekt bei

den Hochbetagten ab 90, deren Anteil (allerdings bei geringer Grundgesamtheit) zwischen 2010 und 2015 um ein Drittel, zwischen 2015 und 2020 um ein Viertel steigt (Tabelle A8).

Abbildung 6  
Bevölkerungsprognosen bis 2020 für ausgewählte Altersgruppen (Basisjahr 1997).  
Absolute Häufigkeiten.



Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil A, S. 58-59

Und umgekehrt: Während es zunächst – wiederum bei geringem Ausgangsniveau - mehr Kinder im Alter bis zu 6 Jahren geben wird, schlägt das Pendel spätestens 2020 wieder zurück. Vor allem aber fällt die Quote der Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren nach einem kurzen Anstieg in 2005 dramatisch ab. Die 2020 zu erwartende Konsolidierung wird den Abwärtstrend nicht mehr umkehren können. Damit mangelt es aber in der weiteren Zukunft an potenziellen Eltern und Müttern. Die Brisanz dieses Befundes wird noch eindringlicher, wenn die erweiterte Gruppe der 16-45 jährigen Frauen für sich genommen betrachtet wird. Allein zwischen 1999 und 2015 wird voraussichtlich ein Drittel von ihnen fehlen (vgl. Tabelle 8). Der weitere Rückgang der Bevölkerung bei überproportionalem Anstieg der Senioren ist somit vorgezeichnet. Selbst eine drastische Zuwanderung würde diesen Prozess allenfalls mildern.

Die kreisfreien Städte und *Landkreise* sind in unterschiedlicher Weise vom geschätzten Bevölkerungsrückgang betroffen (vgl. Tabelle A8). Das Basisjahr 1999 heranziehend, muss Dessau- Stadt mit den stärksten Einbußen rechnen – ein Fünftel der Einwohnerschaft wird fehlen. Erschwerend kommen Verschiebungen in der Altersstruktur hinzu. Die Verluste an jungen Menschen und die Steigerungsraten bei Älteren sind, gemessen am Landesüblichen, überdurchschnittlich hoch. Auch den Gebieten um Bitterfeld und Sangerhausen, dem Mansfelder Land drohen herbe Einbußen. Doch anders als in Magdeburg, das ebenfalls stark betroffen ist oder im Kreis Wittenberg, verschiebt sich das Zueinander von Jungen und Alten

nicht in aussergewöhnlichem Maße. Den geringsten Bevölkerungswund wird dem Ohrekreis, den Landkreisen Köthen und Halberstadt, dem Jerichower Land und dem Saalkreis vorhergesagt. Diese Aussicht wird freilich in den „Speckgürteln“ – Ohre- und Saalkreis, Jerichower Land - getrübt durch über das Landesmaß hinausgehende Verringerungen in der jungen Generation bei gleichzeitigem Überhang älterer Menschen.

Tabelle 8

Prognostizierte Anzahl von Frauen im gebärfähigen Alter. Anteile in absoluten und relativen Häufigkeiten<sup>1</sup>

Jahr	prognostizierte Anzahl der Frauen im Alter von 16-45 Jahren	Differenz zu 1999 (absolut)	Abnahme in % zu 1999
2000	507 274	- 8 538	- 1,65
2001	498 753	- 17 059	- 3,31
2002	491 082	- 24 730	- 4,80
2003	484 058	- 31 754	- 6,16
2004	475 587	- 40 225	- 7,80
2005	466 032	- 49 780	- 9,60
2006	455 653	- 60 159	- 11,70
2007	440 683	- 75 129	-14,56
2008	425 154	- 90 658	- 17,60
2009	410 308	- 105 504	- 20,45
2010	397 255	- 118 557	-23,00
2011	385 155	- 130 657	- 25,33
2012	374 814	- 140 998	- 27,34
2013	365 941	- 149 871	- 29,05
2014	357 823	- 157 989	- 30,63
2015	350 512	- 165 300	- 32,05

<sup>1</sup> Vom Statistischen Landesamt zugrunde gelegtes Basisjahr 1999

Quelle: Statistisches Landesamt (2001), Teil 1, S.56f sowie eigene Berechnungen

Es ist nicht auszuschliessen, dass die Bevölkerungsprognosen durch aktuelle Geschehnisse positiv von der Realität eingeholt werden. Dies könnte etwa durch die Rückkehr junger Menschen, die abgewandert sind, erfolgen oder durch vermehrte Zuwanderung von ausländischen Erwerbstätigen. Zugleich bergen abnehmende Einwohnerzahlen möglicherweise auch Chancen – der Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze entfällt, ungewollte Frühverrentungen werden reduziert, Schulen und Betriebe werden mit eigenem Profil um junge Menschen werben. Gleichwohl wird eine vorausschauende Politik nicht darauf verzichten, den Rückgang der Einwohnerzahlen und die Alterung der Einwohner/ -innen ins Kalkül zu ziehen. Ein zentrales Problem wird dabei das Austarieren der berechtigten Ansprüche und Versorgungsangebote für wenige Junge und viele Ältere sein. Diese Balance mit den begrenzten finanziellen Ressourcen herzustellen, und sie der Bevölkerung glaubhaft zu vermitteln, wird eine wichtige Aufgabe künftiger Politik im Lande sein.

## 8 Bilanz

Sachsen- Anhalt ist ein relativ kleines, dünn besiedeltes Bundesland, eine Region mit – auch in Zukunft - *rückläufigen Bevölkerungszahlen*, bei gleichzeitig steigendem Anteil älterer

Menschen.<sup>14</sup> Ausländische Personen sind nahezu nicht vorfindbar. Der zu Beginn der 1990er Jahre einsetzende starke Geburtenrückgang sowie die Abwanderung junger Männer und vor allem Frauen haben ihre Spuren hinterlassen. Dennoch sinkt die Erwerbsbeteiligung weiter; die Arbeitslosigkeit, trotz der Arrondierung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeit, erreicht die höchsten Raten in Deutschland. Gleichwohl ist jetzt schon absehbar, dass sich dieses Szenario für die nachwachsenden Kohorten in Zukunft eher verbessern wird. In Folge der rückläufigen Einwohnerzahlen wird in absehbarer Zeit um Auszubildende, Studierende und Fachkräfte zu werben sein. Ob dies mit Erfolg geschieht und wie attraktiv die zu offerierenden Angebote sein müssen, um diese Menschen im Lande zu halten, lässt sich schwerlich abschätzen. Jedenfalls wird dies ohne die begleitende Bereitstellung einer interessanten Infrastruktur, etwa für Familien, von vermehrten Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sowie der kulturellen Teilhabe nicht im notwendigen Maße gelingen. Wie dies freilich wiederum angesichts der leeren öffentlichen Kassen zu realisieren ist, ist offen. Möglicherweise könnte die Stärkung von bürgerlichem Engagement und Ehrenamt, etwa in Vereinen und Aktionsgruppen, hilfreich sein. Zudem bedarf das Land der Zuwanderung von ausländischen Personen. Diese wird zwar nicht den degressiven Trend kompensieren, wohl aber mildern können. Entsprechende Überlegungen zur Anwerbung und zur Schaffung eines toleranten Klimas im Lande wären eine unverzichtbare Grundlage.

Doch ist es eine unzulässige Verkürzung, es bei dieser, hinreichend bekannten Negativskizze zu belassen. Ohne die offenkundigen Probleme in Abrede stellen zu wollen, gilt es, die Potenziale und positiven Tendenzen ebenfalls zu benennen. So ist es gelungen, die *Bildungsbeteiligung* der Heranwachsenden überdurchschnittlich zu befördern und den Strukturwandel im Berufssektor – hin zum Ausbau des Dienstleistungsbereichs – zu realisieren. Von beiden Tendenzen profitieren die weiblichen Gesellschaftsmitglieder. Ebenso haben sich die Nettoeinkommen der Privathaushalte kontinuierlich erhöht, bei relativ günstig bleibenden Mietkosten. Nur kleine Minderheiten bedürfen der staatlichen Unterstützung. Die Zahl der Familiengründungen wie der Geburten hat wieder zugenommen, auch wenn sie nicht ausreichen dürfte, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen. Hinzu kommen deutliche regionale Disparitäten, die es verbieten, pauschal von *den* Lebensbedingungen im Lande zu sprechen. Relativ prosperierenden Gegenden mit ausgeprägter Schwerpunktsetzung in bestimmten Arbeitsbranchen, mit einer beachtlichen Zahl von jungen Familien und wenig Arbeitslosigkeit stehen „aussterbende“ Regionen mit ungünstiger Infrastruktur gegenüber.

Freilich gehen mit diesen *regionalen Disparitäten*, die sich in Zukunft weiter verschärfen werden, besondere Herausforderungen für die Politik einher. Schon jetzt sind Verwerfungen in den sehr dünn besiedelten Kreisen wie Altmark- Salzwedel und Stendal, die sich zudem auf eine Fülle von Einzelgemeinden verteilen, wahrscheinlich. Dies gilt für die infrastrukturellen Angebote im Bildungs- und Ausbildungsbereich, im freizeitbezogenen und kulturellen Sektor sowie für die Schaffung einer entsprechenden Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel. dies gilt auch für die hinreichende Versorgung aller Einwohner/ -innen, der Kinder wie der Erwachsenen, der Jungen wie der Alten mit Ärzten und die leichte Erreichbarkeit von Apotheken, physiologischen Diensten (wie Krankengymnastik oder Logopädie) und Krankenhäusern. Unter gesundheitspolitischen Aspekten mahnen desweiteren die Verlagerungen im Erwerbsbereich hin zu vermehrter Bürotätigkeit - und damit zu sitzender Tätigkeit, die die Folgen der vom Wohlstand geprägten Ernährung verstärkt - zu verstärkten Anstrengungen: Es käme darauf an, vor allem in jenen Regionen, in denen der Dienstleistungssektor dominiert, verstärkt Angebote für Bewegung und Sport zu unterstützen und in der Bevölkerung dafür zu werben. Dies darf auch für solche Städte und Kreise gelten, in denen überproportional viele ältere Menschen wohnen oder wohnen werden. In den Landesteilen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit – etwa Aschersleben, Staßfurt, Quedlinburg, dem

Mansfelder Land sowie in Teilen des Regierungsbezirks Dessau – sind besonders psychosomatische Beeinträchtigungen zu erwarten. Durch Stärkung von Selbsthilfegruppen oder Initiativen der Wohlfahrtsverbände könnte dies wenigstens zum Teil aufgefangen werden.

Auch mit Blick auf die Zukunft sollten die diversen politischen Aktivitäten desweiteren den Menschen in *besonderen Lebenslagen* gelten. Die im Durchschnitt verbesserte Einkommenssituation kann nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die Schere zwischen finanziell besser Gestellten und Armen auch in Ostdeutschland weiter öffnen und die Bemühungen um soziale Gerechtigkeit im Zugang zu Ressourcen vor grosse, kaum lösbare Probleme stellen wird. In die Überlegungen einzubeziehen wäre aber auch ein Teil der Frauen. Nach wie vor repräsentieren sie – in Sachsen- Anhalt und andernorts - den überwiegenden Anteil an den Alleinerziehenden, eine Aufgabe, die sie nicht selten mit der Berufstätigkeit verbinden. Auch verheiratete Mütter stellen sich solcher Doppelbelastung eher als die Väter; entsprechende Benachteiligungen bezüglich der Partizipation am Freizeit- und Erholungssektor sowie am öffentlichen Leben, aber auch gesundheitliche Beeinträchtigungen und Überlastungsphänomene gehen damit einher. Frauen tragen zudem ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden und zu bleiben. Die psycho-sozialen Folgen verlangen nach gesonderter Berücksichtigung. Vor allem aber ist das Augenmerk zu lenken auf Frauen im höheren Lebensalter. Sie sind deutlich in der Mehrheit, prägen das Erscheinungsbild des Alters und der dafür typischen Problemkonstellationen und Ressourcen.

Insgesamt gesehen wird die Kunst der Politik darin bestehen, die Lebenslagen einkommensschwacher und alter Menschen nicht zu übersehen und dennoch wohlhabenderen Schichten, Heranwachsenden und mittleren Jahrgängen gerecht zu werden. Es gilt mithin, die schwierige Balance herzustellen zwischen den Bedürfnissen und Ansprüchen disparater Gruppen innerhalb der Bevölkerung.

## Anmerkungen

1 Noll (1997, S.12) folgend, gab es auch in der DDR Ansätze der Sozialindikatorenforschung. Allerdings waren die entstandenen Berichte für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Die erste Publikation über die soziale Lage in der DDR lag 1990 vor (Winkler 1990). Sie wurde danach durch diverse weitere Reports über die neuen Bundesländer aktualisiert. Dies gilt auch für das Bundesland Sachsen- Anhalt. Beispielsweise hat das Institut für Soziologie der Otto- von- Guericke- Universität mehrfach Beiträge erarbeitet (Hözlner/ Mächler 1993; Schmidt 2000).

2 Das Forschungsprojekt wird vom Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen- Anhalt finanziell gefördert und unter der Leitung der Autorin zusammen mit Georg Köhler durchgeführt. Die Laufzeit erstreckt sich vom 1.4. 2002 bis zum 31.3. 2005. Neben der kontinuierlichen Aufbereitung von Daten der Amtsstatistik sowie anderer Institutionen und der darauf bezogenen Berichterstattung wird 2003 eine repräsentative Befragung der Bevölkerung durchgeführt werden (vgl. ausführlich Dippelhofer- Stiem/ Köhler 2002). Das Projekt verfolgt einen interdisziplinären Ansatz der Gesundheitsforschung, wie er etwa von Hurrelmann (2000) im Überblick skizziert wird.

3 Die vorgestellten Tabellen und Abbildungen nutzen die Daten der Amtsstatistik sowie anderer Institutionen als Quelle; die genauen Belegstellen sind jeweils zitiert. Dort, wo dies nicht der Fall ist, beruhen die Informationen auf Vorab- Mitteilungen. In der Regel werden die Daten durch eigene Berechnungen aufbereitet und erschlossen. Präsentiert werden zumeist gerundete Werte; Rundungsfehler zwischen +/- 1 Prozentpunkt können auftreten.

4 Zwei Jahre - 2002 - später sind die Bevölkerungszahlen neuerlich, auf nunmehr 2,5 Millionen gesunken. So hat beispielsweise Magdeburg zum aktuellen Zeitpunkt nur noch 223195 Einwohner/ -innen. Dies verlaute aus dem Statistischen Landesamt und ist dokumentiert in Pressemitteilungen. Da auch die anderen Regionen Bevölkerungsverluste vermelden müssen, bleiben die in diesem Bericht vorgestellten Zahlenrelationen aber mit hoher Wahrscheinlichkeit weitgehend gleich.

5 Die Angaben zur Erwerbstätigkeit speisen sich aus verschiedenen Fundstellen. Neben dem jährlichen Mikrozensus, dessen Befunde hoch gerechnet werden, stehen Betriebsmeldungen zur Verfügung, Meldeverfahren zur Sozialversicherung, Auswertungen der Arbeitsämter und weitere Quellen. Zudem erfolgt die Prozentuierung zum Teil inklusive, zum Teil exklusive der Kategorie „keine Angaben“ (vgl. StBA 2001, S. 101; StLA 2001, S. 159). Dadurch kann es zu leicht abweichenden Randsummen und Zellbesetzungen zwischen inhaltlich ähnlichen Tabellen kommen.

6 Die amtliche Statistik unterscheidet zwischen Erwerbspersonen (das sind Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nicht- Erwerbspersonen (Kinder, Rentner, Hausfrauen). Erwerbstätige sind alle jene Personen, „die in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschliesslich Soldatinnen und Soldaten und mithelfende Familienangehörige), selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben“ (StLA 2001, S. 159). „Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich jedoch um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen“ (StBA 2001, S. 101).

7 Die Erwerbstätigenquote bezieht sich in der Regel auf die 15 bis unter 65 Jährigen. Die im Text berichteten Zahlen beruhen auf eigenen Berechnungen, die auf dieser Grundlage vorgenommen wurden (Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren: 1820.237; Erwerbstätige insgesamt: 1064.100). Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung hingegen basiert auf der Grundgesamtheit aller Einwohner des Landes. Hierauf stützen sich die vom Statistischen Landesamt ermittelten niedrigeren Quoten (vgl. StLA 2001, Teil 1, S. 71).

8 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte sind eine Teilmenge aus der Gruppe der Erwerbstätigen. Sie umfassen nur jene Personen, die sozialversichert sind und Beiträge bezahlen. Nicht berücksichtigt sind mithin Beamte, Selbständige, freiberuflich Tätige u.ä.

9 Alle aktuellen Zahlen zur Arbeitslosenstatistik beruhen auf den monatlichen Verlautbarungen der Bundesanstalt für Arbeit, die auch von der Presse berichtet wurden.

10 Auch wenn anzunehmen ist, dass in den meisten Mehrpersonenhaushalten Familien leben, sind beide Kategorien gesondert zu behandeln. Denn die familiale Daseinsform impliziert besondere rechtliche Verbindlichkeiten und Ansprüche, die weit über das gemeinsame Wirtschaften in einem Haushalt hinausgehen.

11 Allerdings vermittelt die im Statistischen Jahrbuch des Landes vorgestellte Liste nur einen partiellen Einblick, weil die Grundgesamtheit und die Art der Verrechnung von Mehrfachnennungen unklar bleibt. Zu dieser Thematik wären vertiefende Untersuchungen vonnöten.

12 Wiederum beruhen die aktuellen Zahlen auf Verlautbarungen der zuständigen statistischen Ämter, die auch in den Medien veröffentlicht wurden. Sie weisen für 2001 eine Bevölkerungszahl von 2,58 Millionen aus; bis 2015 soll sie auf unter 2,5 Millionen sinken.

13 Die vom Statistischen Landesamt publizierten Diagnosen nehmen unterschiedliche Basisjahre zum Ausgangspunkt. Dies ist jeweils in den Tabellen und Abbildungen des vorliegenden Berichts vermerkt. Wie allen Prognosen haftet auch der Fortschreibung der Bevölkerungszahlen der Charakter der Vorläufigkeit an, gerade weil nicht alle Parameter und Einflussgrößen exakt geschätzt werden können. Und dennoch liefern die Vorhersagen eine prinzipielle Vorstellung über die künftige Situation. Gleichwohl wird der vorliegende Text um der Übersicht halber nicht alle Details aufarbeiten; Interessierte seien auf Tabelle A8 verwiesen.

14 Langfristig gesehen wird der demografische Wandel mit all seinen Folgen auch die anderen Bundesländer sowie die europäischen Staaten insgesamt erreichen und zum dringlichen politischen Handeln auffordern. Ausführliche Analysen hierzu haben beispielsweise Birg (2001) oder Miegel (2002) vorgelegt.

## Literatur

- Birg, H. (2001) Die demographische Zeitenwende. München: Beck.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hrsg.) (2001) Bildungsbericht 2001. Bonn.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) (1998) Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Bonn.
- Christoph, B. (2002) Weiter deutliche Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost und West trotz Annäherung in manchen Bereichen. Zur Entwicklung des subjektiven Wohlbefindens in der Bundesrepublik 1990- 2000. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ZUMA ISI 28), S. 11-14.
- Dippelhofer- Stiem, B./ Köhler, G. (2002) Gesundheitsberichterstattung Sachsen- Anhalt. Projektbeschreibung. Institut für Soziologie der Otto- von- Guericke- Universität Magdeburg.
- Hölzler, H./ Mächler, H. (1993) Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Situation in Sachsen- Anhalt. Institut für Soziologie der der Otto- von- Guericke- Universität Magdeburg.
- Hurrelmann, K. (2000) Gesundheitssoziologie. Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Theorien von Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung. Weinheim: Juventa.
- Joos, M. (2001) Die soziale Lage der Kinder. Sozialberichterstattung über die Lebensverhältnisse von Kindern in Deutschland. Weinheim: Juventa.
- Land Sachsen-Anhalt, Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales (2000) Daten zur Gesundheit. Gesundheitsbericht Sachsen Anhalt 2000. Magdeburg.
- Maus, H. (1973) Zur Vorgeschichte der empirischer Sozialforschung. In: König, R. (Hrsg.) Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 1: Geschichte und Grundprobleme. S. 21-56. Stuttgart: Enke.
- Miegel, M. (2002) Die deformierte Gesellschaft. Berlin: Propyläen.
- Noll, H.-H. (1997) Sozialberichterstattung: Zielsetzungen, Funktionen und Formen. In: Noll, H.-H. (Hrsg.) Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. S. 7-16. Weinheim: Juventa.
- Oberschall, A. (1997) Empirische Sozialforschung in Deutschland 1848-1914. Freiburg: Alber.
- Schmidt, R. (2000) Sozialreport 2000. Daten und Fakten zur sozialen Situation in Sachsen- Anhalt. Institut für Soziologie der der Otto- von- Guericke- Universität Magdeburg.
- Siegrist, J. (1996) Soziale Krisen und Gesundheit. Eine Theorie der Gesundheitsförderung am Beispiel der Herz- Kreislauf- Risiken im Erwerbsleben. Göttingen: Hogrefe.
- Steinkamp, G. (1999) Soziale Ungleichheit in Mortalität und Morbidität. Oder: Warum einige Menschen gesünder und länger leben als andere. In: Schlicht, W./ Dickhuth, H./ Badura, B. (Hrsg.) Gesundheit für alle: Fiktion oder Realität? S. 101-154. Schorndorf: Hofmann.
- StBA: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1998) Gesundheitsbericht für Deutschland. Ergebnis eines Forschungsvorhabens gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie das Bundesministerium für Gesundheit. Stuttgart: Metzler- Poeschel.
- StBA: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2001) Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Metzler- Poeschel.
- StBA: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002) Datenreport 2002 in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- StLA: Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2001) Statistisches Jahrbuch 2001 des Landes Sachsen- Anhalt. Teil 1 und 2. Halle.

- WHO (World Health Organisation) (1994) Health in Europe: The 1993/ 1994 health for all monitoring report. (WHO regional publications. European series No 56). Copenhagen: Regional Office for Europe.
- Winkler, G. (Hrsg.) (1990) Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Berlin: